



Protokollauszug
zum GEMEINDERAT

am Mittwoch, 20.03.2019, 17:10 Uhr, Kulturzentrum, großer Saal

ÖFFENTLICH

TOP 1

Vereidigung von Bürgermeisterin Nießen

Beratungsverlauf:

Vor Beginn der Sitzung fand ab 16 Uhr der Empfang zur Amtseinssetzung von Bürgermeisterin Nießen im Foyer des Rathauses statt.

OBM **Spec** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden; er verweist auf den zuvor stattgefundenen Empfang. OBM Spec stellt fest, dass es keine Änderungswünsche zur Tagesordnung gibt, ruft Tagesordnungspunkt 1 auf und bittet BM Nießen ans Rednerpult.

BM **Nießen** spricht anschließend die Eidesformel

"Ich schwöre, dass ich mein Amt nach bestem Wissen und Können führen, das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, die Landesverfassung und das Recht achten und verteidigen und Gerechtigkeit gegen Jedermann über werde, so wahr mir Gott helfe."

OBM **Spec** stellt fest dass BM Nießen nun offiziell vereidigt sei. Er freue sich auf die künftige vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Beschluss:

1. Den Mitgliedern des Jugendgemeinderats wird für ihre ehrenamtliche Arbeit im Jugendgemeinderat eine Aufwandsentschädigung für die Teilnahme an Sitzungen **ab 01.01.2019** gewährt.
2. Die Höhe des Sitzungsgeldes beträgt 15 EUR pro Teilnahme an einer Sitzung. Vorstandsmitglieder des Jugendgemeinderates erhalten mit 20 EUR pro Teilnahme an einer Sitzung eine erhöhte Entschädigung für ihren Mehraufwand.
3. Ein zusätzliches Budget von 3.000 EUR pro Jahr wird zur Finanzierung des Sitzungsgeldes bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kube
- Stadtrat F. Lutz
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige gefasste abweichende Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales (BSS) vom 13.03.2019. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die abweichende Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschluss:

Die strategischen Ansätze und Handlungsfelder des Tourismuskonzepts Ludwigsburg bilden als Teil des Masterplans Wirtschaft und Arbeit die Grundlage für die Umsetzung der darin aufgeführten und künftig zu definierenden Maßnahmen.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 34 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat Haller
- Stadtrat Kube
- Stadtrat F. Lutz
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorlage Nr. 036/19 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Tourismus & Events Ludwigsburg vom 19.02.2019. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die Sanierung und Neugestaltung des Gastronomiebetriebs im Forum am Schlosspark auf der Grundlage der beiliegenden Entwurfsplanung und Kostenberechnung, mit Projektkosten von rd. 2.811.000,- EUR zuzüglich anteiliger MwSt. auf 15 % der Projektkosten (rd. 80.000,-) in Höhe von somit 2.891.000,- (Kostengruppen 200, 300, 400, 500, 600 + 700).

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 20 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 16 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat F. Lutz
 - Stadtrat T. Lutz
 - Stadtrat V. Lutz
 - Stadtrat Seybold
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorlage Nr. 018/19 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Betriebsausschusses Tourismus & Events Ludwigsburg vom 12.03.2019. Er erläutert den Verlauf der Beratung.

Bisher sei nichtöffentlich beraten worden, daher sei es nun angebracht, in öffentlicher Sitzung etwas zu sagen, teilt Stadtrat **Herrmann** mit. Seine Fraktion gehe bei der Sanierung von Gastronomie und Küche mit, gerade Letzteres sei notwendig. Dies habe die Inaugenscheinnahme gezeigt. Die geplante Bauphase sei sehr lang, es wäre erfreulich, wenn diese verkürzt werden könnte.

Man sei froh, dass die Sanierung nun auf den Weg gebracht werde. Der Bestand der Inneneinrichtung sei nicht der neueste Stand, daher gebe es auch den Wunsch des Pächters auf Veränderung, so Stadtrat **Prof. Vierling**. Ob dies unbedingt notwendig ist könne kontrovers diskutiert werden, dennoch stimme seine Fraktion der Investition zu. Aufgrund der hohen Kosten allerdings mit kleinem Zähneknirschen.

Die Küche müsse gemacht werden, aber man könne darüber streiten, ob der Gastraum neu gemacht werden muss, abgesehen davon, dass uns die Gestaltung nicht so begeistert, teilt Stadtrat **O'Sullivan** mit. Besorgt sei er, weil der Haushalt des Eigenbetriebs in ungeahnter Höhe belastet werde und dies sich auf Jahre hinaus bemerkbar machen werde. Anderes werde dafür geschoben, aber auch das werde dann aufgrund steigender Baukosten wieder teurer. Die SPD hätte sich vorstellen können, mehr über den Stadthaushalt zu finanzieren, oder auch den Pächter stärker an der Finanzierung zu beteiligen. Es gebe auch Gastronomen, die investieren und mit Gewinn arbeiten. Das Finanzierungskonzept stimme nicht glücklich, man stehe aber hinter der Sanierung.

Stadtrat **Weiss** führt aus, er könne seinem Vorredner vollumfänglich zustimmen. Die FWV-Fraktion werde sich heute enthalten. Die wirtschaftlichen Zahlen seien nicht nachvollziehbar. Er könne nicht erkennen, wie in der Forumsgastronomie der angepeilte doppelte Umsatz erzielt werden könne. Es seien viele Fragen nicht geklärt. Klar sei hingegen, dass saniert werden muss. Er warnt davor, dass die Investition letztlich auch die Finanzdaten der Stadt verschlechtern werden. Um die Kosten stemmen zu können, müsse der Eigenbetrieb andere Investitionen schieben. Die Kosten der Küchenanierung hätte man durchaus auch einem Pächter auferlegen können.

Auch die FDP gehe davon aus, dass die Arbeiten gemacht werden müssen. Dass „eine Million mehr auf dem Zettel steht“, sieht Stadtrat **Eisele** skeptisch. Das Vorhaben die im Wirtschaftsplan von Tourismus & Events Ludwigsburg (TELB) so einfach geschoben werden können, sei interessant. Im Umkehrschluss stelle sich die Frage, ob es nicht noch weitere Projekte gebe, die einfach geschoben werden können. Die Sanierung müsse gemacht werden, daher werde man zustimmen.

Stadträtin **Burkhardt** führt aus sie sei einst eine Gegnerin des Forum-Neubaus gewesen, weil stets klar war, dass es erhebliche Folgekosten geben werde. Nun stehe das Forum und sei zwischenzeitlich das wichtigste Veranstaltungszentrum in Ludwigsburg. Dazu gehöre auch eine funktionierende Küche. Die Sanierung der Küche sei notwendig. Sie hoffe, dass der Pächter der richtige sei.

Mit dem Umbau im Gastro-Bereich soll im Juni begonnen werden, bis Ende November könne die Sanierung evtl. abgeschlossen sein; im Dezember solle das Restaurant eröffnen, teilt Herr Kreh (Tourismus & Events Ludwigsburg) mit. Es gebe Folgebelastungen/Verschiebungen diese werden in der ersten WKV-Sitzung nach der Sommerpause präsentiert.

Auf Rückfrage von Stadträtin **Deetz**, ob während der Umbauphase bei Theatern/Konzerten etc. bewirtet werden kann, teilt Herr Kreh mit, der Pächter habe die Möglichkeit mit Catering entsprechend zu reagieren.

Nach Aussprache und der Stellungnahmen der Fraktionen lässt OBM **Spec** über die Vorlage Beschluss fassen

Beschluss:

Die folgenden Änderungen der Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg werden beschlossen und treten rückwirkend zum 1. Januar 2019 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend: - Stadtrat F. Lutz
 - Stadtrat T. Lutz
 - Stadtrat V. Lutz
 - Stadtrat Seybold
 - Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorlage Nr. 087/19 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bildung, Sport und Soziales (BSS) vom 13.03.2019. EBM **Seigfried** erläutert den Beratungsverlauf im Ausschuss. Ein weiterer Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die neue Satzung über die Erhebung von Benutzungsgebühren für die Kindertageseinrichtungen der Stadt Ludwigsburg Beschluss fassen.

Beschluss:

1. Die Stadt Ludwigsburg fördert die Nutzung eines Fahrrads¹ für Fahrten zwischen Wohnung und Arbeitsstätte durch einen Arbeitgeberzuschuss an ihre Mitarbeitenden. Hierfür wird in 2019 ein Budget in Höhe von 35.000 € bereitgestellt.
2. Die Förderung erfolgt im Einzelfall durch einen Arbeitgeberzuschuss in Höhe der steuerlich als Werbungskosten berücksichtigungsfähigen Entfernungspauschale (§ 9 (1) S. 3 Nr. 4 EStG). Diese beträgt derzeit pro Tag 0,30 € für jeden vollen Entfernungskilometer der kürzesten Straßenverbindung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte. Der Rad-Fahrtkostenzuschuss wird grundsätzlich tageweise gewährt und jeweils für den Zeitraum 01. Oktober bis 30. September nachträglich abgerechnet. Dabei sind die tatsächlichen Nutzungstage von den Mitarbeitenden in einem Jahreskalender festzuhalten und zusammen mit dem Zuschussantrag zum 31. Oktober eines Kalenderjahres dem Fachbereich Organisation und Personal zur Abrechnung vorzulegen. Der höchstmögliche Zuschussbetrag ist auf 70 € pro Monat begrenzt.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 36 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Nicht anwesend:

- Stadtrat F. Lutz
- Stadtrat T. Lutz
- Stadtrat V. Lutz
- Stadtrat Seybold
- Stadträtin Dr. Traub

Beratungsverlauf:

OBM **Spec** verweist auf die Vorberatung und die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Kultur und Verwaltung (WKV) vom 12.03.2019. Ein Sachvortrag wird nicht gewünscht. Auf Aussprache wird verzichtet. OBM Spec lässt über die Vorlage 069/19 Beschluss fassen.

Beratungsverlauf:

Nach der Einführung durch OBM **Spec** erläutert BM **Ilk** anhand einer Präsentation, die dem Protokoll als Anlage beigefügt ist, den Sachstand zur Umsetzung des Green-City-Masterplans. Dabei verweist er auf den gemeinsamen Antrag von Bündnis 90/Die Grünen und SPD-Fraktion (365-Euro-Ticket) der den Gemeinderäten als Tischvorlage (Vorl. Nr. 123/19) vorliegt.

Man müsse alles tun, um Fahrverbote zu vermeiden, erklärte Stadtrat **Noz**. Dazu gehöre auch die Prüfung des vorliegenden Antrags, der Einführung eines 365-Euro-Tickets. In diesem Zusammenhang verweist er darauf, dass man bereits viel Geld für den Nahverkehr ausgibt: Das Drei-Euro-Stadtticket koste Geld und über die Kreisumlage müsse der Ausbau der S-Bahn finanziert werden. Der städtische Haushalt sei, wenn man alle Punkte des öffentlichen Nahverkehrs summiere, an der Belastungsgrenze. Evtl. sei es möglich Drittmittel zu generieren. Man begleite die von BM Ilk vorgestellten Maßnahmen gerne, werde aber auf die Finanzierbarkeit achten, ohne die Steuerlast zu erhöhen.

Mit welchen Maßnahmen kommen wir unter die geforderten 40 Mikrogramm Stickstoffdioxid im Jahr 2020, will Stadtrat **Prof. Vierling** wissen. Die Wirkungsanalyse sei das Entscheidende - eine Simulation fehle. Man tappe weitgehend im Dunklen. Er bittet um Mitteilung zum Verfahrensstand des Luftreinhalteplans. In Bezug auf den Entwurf des Luftreinhalteplans und auf das drohende Gerichtsverfahren teilt er mit, der Gemeinderat sei leider nur Zaungast, wolle aber Akteur sein und Einfluss nehmen.

Es sei traurig für Bund, Länder und Gemeinden, aber eigentlich müsse man der Deutschen Umwelthilfe (DUH) für ihre Klagen dankbar sein, dass sie die Städte zwingt, weil man sonst nicht in die Pötte komme.

Die Stadt Wiesbaden habe mit dem 365-Euro-Ticket für den Nahverkehr mit der DUH einen Kompromiss erzielt, woraufhin diese ihre Klage zurückgezogen hat. Die Stadt Reutlingen hat es auf einen Prozess ankommen lassen und vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim verloren. Nun müssen dort Diesel-Fahrverbote verhängt werden.

Wie in Wiesbaden könne in Ludwigsburg ein 365-Euro-Ticket für den Nahverkehr eingeführt werden. Dies wäre eine zusätzliche Schippe, die vielleicht etwas bringe. Er appelliert an alle Fraktionen, den Prüfauftrag an die Verwaltung bzw. den vorliegenden Antrag zu unterstützen.

OBM **Spec** teilt mit, er gehe davon aus, dass der Antrag heute als eingebracht gilt und die Verwaltung die Einführung eines 365-Euro-Jahresticket prüfen werde. Er weist darauf hin, dass die Wirkungsanalyse der Fa. Siemens vorliege und an die Gemeinderäte verteilt wurde. Gerne könne diese nochmals ausgehändigt werden.

Der Green-City-Masterplans liege vor, aber an die zugesagten Diskussionen in den Fachausschüssen könne sie sich nicht erinnern, teilt Stadträtin **Liepins** mit. Alle sinnvollen Maßnahmen zur Verbesserung der Luftqualität würden von der SPD-Fraktion unterstützt. Fahrverbote sollen vermieden werden.

Die SPD sei schon vor Wochen mit dem Vorschlag für ein solches Ticket vorangegangen. Man müsse mit einem solchen Angebot so viele Menschen wie möglich erreichen und den VVS in die Überlegungen einbeziehen, sagt Stadträtin Liepins. Es gäbe zwischenzeitlich das 3 Euro-Ticket. Für 365 Euro solle künftig jeder im gesamten Stadtgebiet fahren können. Diese Forderung stehe auch im Wahlprogramm der SPD in Kreis und Region. Auch Stadträtin Liepins verweist auf den Kompromiss der Deutschen Umwelthilfe mit der Stadt Wiesbaden. Das 365 Euro Ticket sei ein wesentlicher Teil dieser Vereinbarung und damit ein wichtiger Beitrag, Fahrverbote zu umgehen.

Die FWV-Fraktion könne das Anliegen und den Antrag mittragen, teilt Stadtrat **Rothacker** mit.

Stadträtin **Burkhardt** bittet darum, den Vortrag von BM Ilk als Anlage dem Protokoll beizulegen. Die Fußwegeplanung dürfe bei der weiteren Verkehrsweg- und Luftreinhalteplanung nicht vergessen werden.

OBM **Spec** bestätigt, dass die Fußwegeplanung bereits Bestandteil des Masterplans Nachhaltige Mobilität sei. Im Anschluss erläutert er die neue, digitale Ampelschaltungen die u.a. auch Vorteile für Fußgänger mit sich bringen.

Es gebe bereits Fußwegeplanungen aus dem Jahr 1989/99. Es fehle aber auch an einer Fußwegeplanung von den Stadtteilen in die Innenstadt, teilt Stadträtin **Burkhardt** mit.

Seine Frage nach der Wirkungsanalyse gehe über das von der Fa. Siemens vorliegende Gutachten hinaus, teilt Stadtrat **Prof. Vierling** mit. Weiter bitte er um Informationen zum Stand des Entwurfs des Luftreinhalteplanes. Er bitte auch Informationen zum Stand der Gespräche mit der Deutschen Umwelthilfe (DUH) über eine mögliche Einigung, so dass es kein Gerichtsurteil bräuchte.

BM **Ilk** informiert, im vergangenen Jahr, in der letzten Sitzung vor den Sommerferien, habe die Fa. Siemens intensiv vorgetragen. Die Vorausberechnungen sollen verifiziert werden. Er könne sich eine begleitende Überprüfung vorstellen, ob die prognostizierten Annahmen eingetroffen oder evtl. übertroffen wurden.

Hinsichtlich der Frage zum Luftreinhalteplan teilt BM Ilk mit, dieser werde vom Regierungspräsidium erstellt. Hinsichtlich der vorgesehenen Terminalschiene seien noch keine Hinweise eingegangen.

Stadtrat **Prof. Vierling** teilt mit, die Frage ob auch eine außergerichtliche Einigung mit der DUH versucht werde, sei noch nicht beantwortet.

OBM **Spec** erläutert, maßgeblich für die DUH sei der Luftreinhalteplan des Regierungspräsidiums Stuttgart. Noch gebe es keinen Verhandlungstermin zu möglichen Fahrverboten. Das liege auch daran, dass sich das Regierungspräsidium Stuttgart bislang vor allem mit der Landeshauptstadt Stuttgart beschäftigt habe und aus Personalkapazitätsgründen sich nun erst schrittweise mit den Luftreinhaltepläne weiterer Städte im Regierungsbezirk beschäftige. Alle Unterlagen seien dem Regierungspräsidium zur Verfügung gestellt worden. Die Stadt sei zu Gesprächen bereit, teilt OBM Spec mit, aber jetzt sei es noch zu früh.

Auf Rückfrage von Prof. Vierling zum weiteren Verfahren des eingebrachten Antrags teilt OBM **Spec** mit, nachdem alle Redner den vorliegenden Antrag befürwortet hätten, betrachte er den Antrag als eingebracht. Die Verwaltung werde entsprechend dem vorliegenden Antrag die Einführung eines 365 Euro-Jahrestickets prüfen.

Eine Abstimmung findet nicht statt.

Stadträtin **Liepins** erkundigt sich, wie lange es dauern werde bis der Prüfauftrag von der Verwaltung beantwortet werden könne.

BM **Ilk** teilt er werde umgehen Kontakt mit dem Verkehrsverbund (VVS) aufnehmen.

Beratungsverlauf:

Herr Heiler (CDO) berichtet anhand einer Präsentation über den Sachstand der Digitalisierung. Die Präsentation ist dem Protokoll als Anlage beigefügt.